

Internationales Revolution Camp

- Heute geht es los!

Bald ist es so weit. Ab Donnerstag um 15.00 Uhr beginnt unser internationales Camp, das dieses Jahr in Berlin auf dem Zeltplatz Saatwinkel stattfindet. Hier könnt ihr unseren Campplan einsehen. Es gibt nach wie vor die Möglichkeit Tickets zu kaufen, falls ihr beispielsweise aus Berlin kommt, könnt ihr natürlich auch Tagestickets kaufen für einen Preis von 10 Euro. Falls ihr nur abends kommen wollt, ist der Preis natürlich verhandelbar.

Genauere Informationen über die Anreise zum Camp, das in Reinickendorf stattfindet, gibt es wenn ihr euch an unsere E-Mail Adresse [germany\[at\]onesolutionrevolution.de](mailto:germany@onesolutionrevolution.de) meldet, sowie unter der Seite mit den Campinformationen.

Uhrzeit	01.08.2013 (Donnerstag)
03.00 Uhr	Einlass
04.00 Uhr	Begrüßung, offenes Plenum und Wahl des Camp Komitees
05.00 Uhr	Eröffnungspodium: "Jugendunterdrückung und Kapitalismus - Welches Programm braucht eine unabhängige Jugendorganisation?"
07.00 Uhr	Abendbrot
08.00 Uhr	Revolutionäres Quiz
Uhrzeit	02.08.13 (Freitag)
08.00 Uhr	Frühstück

10.00 Uhr	Kommunistische Schulpolitik: "Der Charakter von Streikkomitees, Schülervertretungen und die Notwendigkeit revolutionärer Zellen"	Kommunistischen an der Uni: "Wie können Studenten für die Arbeiterbewegung und den wissenschaftlichen Sozialismus gewonnen werden?"		Kommunistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
01.00 Uhr	Mittagessen			
02.00 Uhr	Workshop: „Wie schreibe ich einen Artikel?“	Workshop: "Wie halte ich eine Rede?"	Workshop: "Das revolutionäre Banner – Wir machen es."	Lesekreis: "Die Permanente Revolution"
04.00 Uhr	Workshop: Spanien: Indignados und Real Democracy Now und die revolutionäre Bewegung.	Workshop: "Revolution ohne Macht? Anarchismus und die Niederlage der spanischen Revolution in den 1930ern"		Lesekreis: "Wie funktioniert Kapitalismus – Grundlagen der marxistischen Ökonomie'"
05.30 Uhr	Workshop: „Großbritannien – Wie die Studierenden gegen Kürzungen und Regierung kämpften?"	Workshop: "Drogenbefreiung oder Befreiung von den Drogen?"		
07.00 Uhr	"Taktiken – Wie organisieren wir uns auf Demonstrationen"	Grillen		
Uhrzeit	03.08.2013 (Samstag)			
08.00 Uhr	Frühstück			

10.00 Uhr	Workshop: “Verratene Revolution - Wie kam der Stalinismus in der Sowjet Union an die Macht?”	Workshop: „Imperialistisches China - von Mao zum Markt“	Lesezirkel: Materialismus und Dialektik als Philosophie
11.30 Uhr	Workshop: “Griechenland und die Misere von Antarsya, KKE und Syriza - Wie kann für eine revolutionäre Partei gekämpft werden?”	Workshop: “Pakistan, ein Land im Griff des Imperialismus - welche Strategien braucht es für eine alternative Arbeiterpolitik?”	
01.00 Uhr	Mittagessen		
02.00 Uhr	Revolutionäres Frauenkollektiv		Antisexistisches Männertreffen
05.30 Uhr	Workshop: “Russische Revolution - Wie die Frauen gegen Zar, Krieg und Kapitalismus kämpften.”	Workshop: “LGBT- Gleichberechtigung- Wie kämpfen wir dafür?”	“Sexismus und revolutionäre Organisation - Wie kämpfen wir dagegen in unseren eigenen Reihen?”
07.00 Uhr	Abendbrot		
08.00 Uhr	Diskussionsrunde zum arabischen Frühling		Diskussionsrunde zu Lateinamerika
Uhrzeit	04.08.13 (Sonntag)		
08.00 Uhr	Frühstück		
10.00 Uhr	Workshop: “Faschismus in Europa - Wie organisieren wir den Widerstand am Beispiel der griechischen Goldenen Morgenröte”		Workshop: “Europas extreme Rechte - Wie geht man gegen Rechtspopulismus an?”
12.00 Uhr	Plenum: “Wie war das Camp?”		
01.00 Uhr	Mittagessen		
02.00 Uhr	Abschlusspodium: “Die imperialistische EU in der Krise - Wie kämpfen wir für die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa?” mit Sprechern von Arbeitermacht und REVOLUTION		

Campplan_endgültig#2deutsch

Fight Gentrification - aber mit welcher Art von Bewegung?

Natürlich wird ein Großteil der Leser nun vermuten, die sozialistische Weltrevolution sei unsere Antwort und ein Universalheilmittel für alle Probleme. Ist sie auch. Aber wie können wir den aktuellen Widerstand gegen steigende Mieten mit ihrer Ursache, dem Kapitalismus verbinden? Der erste Schritt muss es sein aus der individuellen Betroffenheit, zu gemeinsamen Protesten zusammenzukommen. Blockaden gegen Zwangsräumungen, Verteidigung alternativer Freiräume, Demonstrationen gegen steigende Mieten, dort müssen wir zusammenkommen, um eine Bewegung aufzubauen. In diese Bewegungen müssen wir versuchen die Mietervereine und Gewerkschaften zu bringen. Sie haben hunderttausende Mitglieder, die ein soziales Interesse daran haben eine Bewegung gegen steigende Mieten aufzubauen. In jedem Kiez, bei jedem Protest müssen wir dafür eintreten, dass sich Komitees der Aktivist*innen und beteiligten Organisationen gründen, die offene Diskussionen und die demokratische Kontrolle der kommenden Aktionen planen. Dass es immer noch viele gibt, die Illusionen in Parteien wie SPD oder LINKE haben, ist unserer Meinung ein Problem. Ihre Politik stoppt die Gentrifizierung nicht, sie hat den Kapitalist*innen in den letzten zehn Jahren satte Profite und uns steigende Mieten gebracht. Aber dort, wo sie unterstützenswerte Forderungen, wie die Einführung von Mietobergrenzen aufstellen nehmen wir sie beim Wort. Wir fordern die Mobilisierung auf der Straße von ihnen ein. Setzen sie das nicht um, muss ihre Basis die Schlussfolgerung ziehen, eine revolutionäre Perspektive aufzugreifen, die nicht nur verspricht, sondern realen Widerstand organisiert. Dieser Widerstand beginnt gegen Zwangsräumungen, die Privatisierung von Wohnungen oder die Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus. Aufhören kann er erst, wenn das Privateigentum an Wohnhäusern aufgehoben ist, wenn die großen Baufirmen und

Immobilienfirmen entschädigungslos enteignet wurden. In allen betroffenen Bezirken müssen Veranstaltungen und Diskussionen organisiert werden, welche weitergehenden Forderungen wir als Bewegung aufstellen.

Höhere Löhne, Geringere Mieten

Wir sind für die Einführung von Mietobergrenzen, die an die Inflationsrate gekoppelt sind. Doch günstige Mieten allein lösen das Problem nicht, wenn wir immer ärmer werden. Wir kämpfen für höhere Löhne, einen Mindestlohn von 12 Euro und ein Mindesteinkommen für Arbeitslose von 1600 Euro im Monat. Die Gewerkschafts- und die Mieterbewegung gehört genauso zusammen, wie die Arbeitslosen- und die Arbeiterbewegung.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Einsicht der Mieter*innen, der Mietervereine und Gewerkschaften in die Geschäftsbücher der Vermieter und Immobilienkonzerne, um überprüfen zu können, welchen Wert die Häuser tatsächlich haben, ob Mietsteigerungen ökonomisch "gerechtfertigt" sind. So kann die Arbeiterbewegung auch lernen, wie die Wirtschaft funktioniert, um sie den Kapitalist*innen zu entreißen.

Besetzen, Enteignen, Arbeiterkontrolle

Wir sind für die entschädigungslose Verstaatlichung aller Wohnungen, die unter Rot-Rot privatisiert wurden. Alle Investoren und Unternehmen, die Wohngebäude vom Markt zurückhalten oder vernichten, um die Mietpreise in die Höhe zu treiben, müssen ebenfalls enteignet werden. Das wird nicht freiwillig geschehen. Dafür braucht es eine große Besetzungsbewegung, die von Mietervereinen, Gewerkschaften, linken Jugend-, und Arbeiterorganisationen getragen wird. Diese Gebäude sollen zwar dem Staat gehören und durch ihn saniert werden, aber unter der Kontrolle der Bewohner*innen und der Bewegung stehen.

Günstige Wohnungen und Kultur, bezahlt durch die Reichen

Wir sind für die Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus und ein Projekt, dass neuen und günstigen Wohnraum in der Innenstadt, sowie kulturelle und soziale Angebote in den Randbezirken schafft. Das soll aber nicht durch die Steuererhöhungen für die breite Bevölkerung und die Arbeiterklasse finanziert werden. Das sollen die Kapitalist*innen durch progressive Steuern auf ihren Reichtum und ihre Gewinne in der Bau- und Immobilienbranche bezahlen.

Georg Ismael und Ali, REVOLUTION-Berlin

Verdrängung und steigende Mieten - Woher kommt Gentrifizierung?

Ein Gespenst geht um auf der Welt - Das "Gespenst Gentrifizierung". Wo gibt es noch Bezirke in denen die mieten nicht drakonisch erhöht werden? Wo sind Jugendclubs oder alternative Bars, wie die BAIZ, nicht von Schließung bedroht? Wer von uns kennt nicht das Gefühl, dass die Stadt in der wir leben, immer teurer wird ?

Selbst bürgerliche Medien, wie vor kurzem der "Berliner Kurier", sehen sich aufgrund des steigenden Unmuts in der Bevölkerung dazu gezwungen über Verdrängung, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten in der Berliner Innenstadt zu berichten. Was die Ursache für diese "Gentrifizierung" ist, und vor allem wie wir Widerstand dagegen aufbauen können: Darüber schweigt die Presse, schweigen auch die "linken" Politiker von SPD oder Linkspartei.

Dabei waren Anfang der 90er Jahre die Mieten, insbesondere in Bezirken wie dem Prenzlauer Berg noch relativ gering. Dort lebten viele Arbeiterfamilien mit geringem Einkommen. Nach der Wende folgten wurde der Prenzlauer

Berg zu einem Symbol für die Hausbesetzer Bewegung. Viele Studenten und Künstler, die Seite an Seite mit Arbeiter*innen leben prägen die alternative Dissidentenszene, mit Kneipen, Cafe's und linken Wohnprojekten.

Der wirtschaftliche Aufschwung in Berlin führte allerdings dazu, dass das Stadtzentrum auch für größere Investitionen interessant wurde. Während Teile der Bevölkerung durchaus von dieser Situation profitierten, traf sie vor allem die Arbeiter*innen, Jugendliche, verarmte Rentner*innen, Migrant*innen und Erwerbslose.

Auch die Rolle von SPD und der LINKEN, die zehn Jahre lang die Stadtregierung stellten, sollte dabei nicht vergessen werden. So ließen sie 2004 die GSW und über die letzten zehn Jahre insgesamt einhunderttausend Wohnungen privatisieren. Während die Gewinne der mittlerweile privaten GSW 2012 um 30 Prozent auf 143,3 Millionen Euro stiegen, stiegen auch die Mieten. Im Durchschnitt erhöhten sich die Mieten von 2009 zu 2011 um 8,34 Prozent. Im unsanierten Altbau waren es sogar 17,5 Prozent.

Das eigentliche Problem ist dabei nicht einmal die Mietsteigerung an sich. Diese findet zwangsläufig, allein schon aufgrund der Inflation statt - und wird es so lange wir im Kapitalismus leben. Auch sind die Mieten in Berlin im Vergleich zu anderen Großstädten in Deutschland oder Europa nach wie vor recht niedrig. Aber während die Mieten gestiegen sind, sind die Löhne stagniert oder sogar gesunken. Reaktionäre Gesetze wie Hartz IV machen es vielen Erwerbslosen unmöglich eine Wohnung in der Innenstadt zu finden.

Trotzdem: die Investoren im Immobilienbereich betreiben viele Sauereien! Die Mieten steigen nicht zuletzt deswegen so dramatisch, weil keine neuen, günstigen Wohnungen gebaut werden. Viele Politiker verraten sogar offenherzig, dass günstige Wohnungen eingerissen werden, um die Durchschnittsmieten in die Höhe zu treiben! Deswegen müssen viele von uns in die Randbezirke, mit schlechtem Nahverkehr, kaum Freizeitangeboten für Jugendliche und längeren Schul- und Arbeitswegen ziehen.

Aber die „Miethaie“ sind nicht besser oder schlechter, als die Kapitalist*innen in der Produktion oder in der Dienstleistung, die dafür

verantwortlich sind, dass unsere Löhne sinken, wir unbezahlte Praktika machen müssen oder unsere Sozialhilfe gekürzt wird. Gentrifizierung ist also einfach „nur“ kapitalistische Wohnraumpolitik.

Wenn die „Miethaie“, mit ihren Investitionen hohe Renditen erzielen wollen. Wenn sie Wohnraum zerstören, um Profite zu machen und arme Jugendliche, Rentner*innen oder Arbeiter*innen vertreiben, lässt uns Widerstand organisieren. Aber unser Kampf darf nicht nur gegen Gentrifizierung oder Privatisierungen geführt werden. Er muss mit dem Kampf in den Betrieben zu einer Bewegung gegen die kapitalistische Stadt, für eine selbstverwaltete, sozialistische Stadt verbunden werden.

Ein Artikel von Ali, REVOLUTION-Berlin

Veranstaltung in Stuttgart: Putsch in Ägypten - Wie weiter mit der Revolution?

Am 3. Juli hat der ägyptische Militärerrat das Ende von Mursis Präsidentschaft erklärt - nicht aber wegen seiner reaktionären Politik. Vielmehr übernimmt die Armeeführung nun zum zweiten Mal selbst das Ruder, um die Revolution zu enthaupten und das alte Regime zu retten. Der verständliche Jubel über die Entmachtung von Präsident Mursi darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Generäle lediglich eine andere Fraktion der herrschenden Klasse repräsentieren. Als revolutionäre KommunistInnen sind wir der Meinung, dass nur eine Regierung der ArbeiterInnen und Bauern mit dem alten Regime brechen kann. Auf unserer Veranstaltung werden wir einen Überblick über die derzeitige Situation in Ägypten geben. Im Anschluss wollen wir mit euch diskutieren, auf welchem Weg die Ziele der Revolution erreicht werden können und welche Schritte dafür nötig sind.

**Eine gemeinsame Veranstaltung von REVOLUTION und der Gruppe
Arbeitermacht Falkenbüro, Wagenburgstraße 77
Montag, 15.Juli 2013, Beginn um 19:45 Uhr**



Solidarität mit der Antikapitalistischen Aktion Bonn [AKAB]

Solidarität ist eine Waffe!

Gegen Krieg, Repression, Spaltung und Ausbeutung!

Am 5. Juni wurde eine Genossin, die der Antikapitalistischen Aktion Bonn[AKAB] zugehörig sein soll, beim Kleben von Plakaten festgenommen. Die Aktion richtete sich gegen den Bundeswehrgeneral Klein. Das war der Anlass für eine sofortige Wohnungsdurchsuchung und stundenlange Verhörmaßnahmen.

Das „wilde“ Plakatkleben stellt im härtesten Fall eine Ordnungswidrigkeit dar. Die Reaktion der Festnahme, Hausdurchsuchung und Verhör stellt den tiefsten Eingriff in die Grundrechte dar und ist selbst nach dem formalen bürgerlichen Recht unverhältnismäßig und damit illegal. Das ist die alltägliche Praxis der BRD und der inneren Sicherheitsorgane gegen Meinungsfreiheit. Das ist der Umgang dieser und aller kapitalistischen „Demokratien“ mit Kritik.

Klein, der für die Luftangriffe auf zwei benzinbeladene, gekaperte und abgestellte Tanklaster am 4.September 2009 in Kundus verantwortlich ist, bei denen rund 150 Zivilisten zu Tode kamen. Zivilisten, Arbeiter_Innen, die in den Tanklastern keine potentiellen Bomben, sondern

Grundversorgungsgüter in einer durch imperialistische Kriege zerstörten Region sahen. Der Untersuchungsausschuss sprach von „Verfahrensfehlern“. Konkret war es Mord!

Genau dieser General wurde Ende 2012 nun zum Abteilungsleiter im  Personalmanagement der Bundeswehr und somit zum Brigadegeneral befördert. Eine von der Bundeswehr und vielen Parteien sehr gelobte Entscheidung. Das zeigt die strategische Ausrichtung der BRD und EU in der „Sicherheits, Verteidigung- und Außenpolitik“.

Gegen die Person Klein und vielmehr den Imperialismus und seine Repressionsorgane, wie Militär und Polizei, richtet sich die Kampagne der AKAB.

Allein seit 2001 ist die Bundesrepublik Deutschland in 33 militärische Auslandseinsätze in Ländern wie Afghanistan, Kuwait, Georgien und vielen weiteren Ländern im Einsatz. Einsätze bei denen meist im Namen des Demokratieexports und des Friedens Länder besetzt, Marionettenregime eingeführt, Ressourcen, Märkte und Produktion unter eigene Kontrolle gebracht werden.

Doch „Demokratieexport“ ist auch „Importware“, denn auch vor Ort wird alles unternommen um Widerstand gegen das kapitalistische System zu unterdrücken. Egal ob in Frankfurt versucht wird während der Blockupyproteste die Aktivist_Innen in gut und böse zu spalten, ob in Dresden Tim dank der Worte „kommt nach vorn!“ alle Schäden für die Gegendemonstration in Dresden 2011 angelastet bekommt oder in Bonn Genoss_Innen beim plakatieren verhaftet werden, die Wohnung durchsucht wird und sie stundenlang repressiven Verhörmethoden zum Opfer fallen.

Betroffen sind einzelne, gemeint sind wir alle! Sie wollen uns Angst machen, doch sie werden nur Hass ernten. Ihre Angriffe zeigen nur ihre Furcht vor unserer Einheit, denn in Zeiten historischer Krisen, in denen Krisenlasten auf den Rücken der Arbeiter_Innen und Jugendlichen abgeladen werden, zeigt sich eines immer deutlicher, die Klassenherrschaft, in der wir leben. Eine Klassenherrschaft, die es zu entlarven gilt.

Deshalb solidarisieren wir uns mit der AKAB, ihrer Kampagne gegen General Klein und gegen die daraus folgende staatliche Repression.

- Freiheit für alle politischen Gefangenen! Gegen politische Kriminalisierung, für Meinungsfreiheit durch Wort und Plakat! Für die Zerschlagung der staatlichen Repressionsorgane, wie Klassenjustiz, Polizei u. Militär! Sicherheit durch demokratische Einheiten ziviler Selbstverteidigung (Arbeitermiliz).
- Solidarität ist eine Waffe! Für die breite Aktionseinheit der Arbeiterklasse, Jugend, Migrant_Innen und anderer Unterdrückter des sozialen Widerstandes gegen Repression, politische Verfolgung und Klassenjustiz.
- Demokratische Rechte in Militär, Polizei und Staatsapparat erkämpfen! Soldatenkomitees aufbauen! Für das Recht auf Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit und Befehlsverweigerung! Für jederzeit wähl- und abwählbare Offziere und Funktionen durch Soldatenversammlungen!
- Installation einer unabhängigen Überwachungsorganisation aus wähl- und abwählbaren Delegierten der Sozialen Bewegung und Friedensbewegung (Gewerkschaften, Betrieben, NGOs und Friedensinitiativen) zur Kontrolle und Sicherung der Rüstungsproduktion, militärischen Gütern und Forschung.

One solution - Revolution!

Hass! - alter Film, aktuelles Thema

Dies ist die Geschichte von einem Mann, der aus dem 50. Stock von 'nem Hochhaus fällt. Während er fällt, wiederholt er, um sich zu beruhigen, immer wieder: ‚Bis hierher lief's noch ganz gut, bis hierher lief's noch ganz gut, bis hierher lief's noch ganz gut...‘. Aber wichtig ist nicht der Fall,

sondern die Landung!

Mit diesen Worten beginnt „La Haine“ (fr. Hass), der Film von Mathieu Kassovitz aus dem Jahre 1995. Es ist ein Film über 24 Stunden aus dem Alltag der drei Pariser Jugendlichen Saïd, Vince und Hubert.

Sie laufen durch die Straßen der Vororte, in denen sich in der Nacht zuvor die Bewohner_innen mit der Polizei Straßenschlachten geliefert hatten. Auch am Tag danach ist die Polizeipräsenz noch überall spürbar. Ein Bekannter der drei, namens Abdel, wurde während der Auseinandersetzungen festgenommen, bei dem Verhör auf dem Polizeirevier schwer verletzt. Nun liegt er verwundet im Krankenhaus, wo ihn Saïd, Vince und Hubert besuchen wollen.

Danach wollen sie sich einen Boxkampf ansehen. Während ihrer „Reise“ durch die Pariser Banlieues begegnen ihnen Zivilbulln, Nazis und koksende Innenstadtbewohner_innen. Sie versuchen ein Auto zu klauen und werden aus einer Vernissage geworfen. Ohne Orientierung irren die Drei, auf der Suche nach einer Perspektive, umher.

Dass Vince am Vorabend per Zufall an die Dienstwaffe eines Beamten gekommen ist, macht ihre Situation auch nur bedingt besser, spitzt sie eher noch zu. Der titelgebende Hass, der im Film deutlich wird, ist natürlich nicht nur einseitig bei den Jugendlichen, sondern vor allem auf der Seite der Polizei, zum Beispiel in deren grausamen Verhörmethoden, zu spüren. Die Thematisierung von der, auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit, in den Banlieues herrschenden Armut und Perspektivlosigkeit, sowie die damit verbundene Resignation, Langeweile und der die Migranten betreffende Rassismus, halten den Film auch 18 Jahre nach seinem Erscheinen noch höchst aktuell.

Denn die realen Probleme der Menschen in den Vorstädten von Paris oder anderer europäischer Städte haben sich in dieser Zeit weder zum Besseren verändert noch wurden sie gelöst. So kam es dort 2005, nach dem Tod zweier Jugendlichen zu Aufständen und gewalttätigen Zusammenstößen mit der Polizei, die sich schnell auf weitere Städte ausbreiteten. Die Aktivist_innen

forderten unter anderem Sarkozys Rücktritt. Alleine am Abend des 3. November brannten in Paris 500 Autos. Nicht nur die Geschichte des Films, besonders die teils sehr symbolischen, teils verwirrenden, aber immer eindringlichen Bilder in schwarz-weiß, überzeugen. Dass die Protagonisten nicht zu Helden stilisiert werden kann man einerseits als Pluspunkt sehen.

Allerdings führt einen das auch zum Manko des Films: zwar wird die Solidarität zwischen den Menschen deutlich, aber ihre Ohnmacht überwiegt. Die Figuren sehen alle einer hoffnungslosen Zukunft entgegen, ohne einen Weg um ihre Situation zu verbessern. Diesen Weg gibt es jedoch und er wird von immer mehr Menschen als nötig erkannt. Er heißt organisierter Widerstand!

Ob nun in Frankfurt, als am 1. Juni 15.000 Menschen zu den Blockupy-Protesten gegen die Krisenpolitik auf die Straße gingen und die Demonstration von der Polizei schon nach einem Kilometer brutal gestoppt wurde, in der Türkei, wo sich aus den friedlichen Protesten gegen die Bebauung des Gezi-Parks ein landesweiter Aufstand mit mehreren Streiks gegen den Ministerpräsidenten Erdogan und seine Partei entwickelte, oder in all den anderen Ländern in denen sich die Menschen zusammen gegen Armut, Unterdrückung und Ausbeutung erheben.

Ein Artikel von Felix Ernst, REVOLUTION-Stuttgart

Staat und Polizei, Vater, Freund und Helfer



Die Bundespolizei führt in der Kasseler Karlsaue beim Hessentag

2013 u.a. einen Wasserwerfer vor.
Aufstandsbekämpfung zum Anfassen!

HESSENTAG HEUTE

Staat und Polizei, Vater, Freund und Helfer Arbeitermacht/OG Kassel zum „Hessentag“,

Auf dem Hessentag feiern die Hardliner, die Tradition im schwarz-gelb regierten Hessen haben. Das Innenministerium, Polizei und Führung sind nicht das erste Mal Gegenstand fruchtloser parlamentarischer Untersuchungsausschüsse.

Koksende Polizisten, die ihren Eigenbedarf aus der Asservatenkammer stillten und mit dem Stoff die Bezüge aufbessern, Spesenritter, Dienstgeheimnisverräter, „Suizide mit der Dienstwaffe“ sind die eine Seite der Medaille, auf der anderen stehen Drangsalierung, Verletzung, ja selbst Tötung von Menschen, vorzugsweise mit migrantischem Hintergrund: M. Ackermann, D. Wevelsiep, S. Kar, nicht vergessen Christy Schwundeck.

Oder Polizeigewaltexzesse gegen Jugendliche in Idstein, „Racial Profiling“ jeden Tag, hessenweit. 50 Verletzte bei antifaschistischen Blockaden in Frankfurt am 1. Mai. Schon wieder penetrantes Vorgehen gegen Insassen – unter ihnen Flüchtlinge der Refugeeebewegung – von Berliner Bussen auf dem Weg nach Frankfurt, schließlich der „Einsatz“ gegen die ProtestlerInnen der diesjährigen Blockupy-Großdemonstration in Frankfurt.

War vielen AktivistInnen die Eliminierung von Recht und Gesetz anlässlich der Blockupy-Proteste 2012 noch in schlechter Erinnerung, die diesjährige Zahl der Verletzten, vom Kind bis zur RentnerIn, überragt selbst die Akzeptanz vieler, die wenig für die Bewegung übrig haben. De facto allen Teilnehmenden wurden Grundrechte verweigert: Körperliche Unversehrtheit, Bewegungsfreiheit, Demonstrationsrecht, Pressefreiheit. JournalistInnen wurden angegriffen, parlamentarische BeobachterInnen festgesetzt, und das, obwohl der Protest die rein symbolische Ebene nie verlassen hatte.

Im Polizeiapparat schleichen sich Argumentationen ein, es seien die anderen, die „auswärtigen“ nicht-hessischen Prügeleinheiten für die Exzesse am Blockupy-Samstag verantwortlich. Oder es handele sich gar um eine spontan autonom agierende Gewaltstruktur in den ansonsten friedliebenden Einheiten. Was davon zu halten ist, sollen die einschätzen, die nicht das erste Mal „hautnah“ mit der hessischen Polizeigewalt in Berührung kamen.

Frankfurt - eine Zäsur

Sich seitens der Exekutive eigenmächtig über das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes zu erheben und eine Demonstration von 20.000 Menschen 9 Stunden lang mit menschenverachtenden Methoden zu verhindern, da war selbst für die konservative Presse der Bogen überspannt. Und das nur zum Teil als Preis dessen, dass Personen der Presse polizeilich angegriffen, verletzt oder deren Equipment mutwillig zerstört wurde. Der Aufschrei gegen die Eliminierung der Grundrechte war massiv. Ist es die Antizipation von Verhältnissen im sich gern liberal gebenden Frankfurt, die man glaubte auf die Länder Südeuropas eingrenzen zu können, in denen Recht und Gesetz längst den Spardiktaten der Troika untergeordnet werden, wo Demokratie zur Farce geworden ist? Soviel Bezug von Protestgrund und Staatsverhalten vermochte die bürgerliche Presse natürlich nicht herzustellen. So ging es auf der Verhaltensebene weiter und man wandte sich nur gegen „überzogene und willkürliche“ Polizeigewalt, Na prima!

Was also betreibt die schwarz-gelbe Landesregierung?

Wahlkampf mit dem Polizeiknüppel? Das bekannte Fischen im schwarz-braunen Teich? Oder die Verhinderung von Protestbildern vorm Sitz der EZB? Sollte die Bewegung durch Entsolidarisierung gespalten werden oder fürchtet man ein Wiederkommen von größerem Protest nächstes Frühjahr, zur Einweihung der neuen EZB? Oder gar bei Durchschlag der Krise nach Kerneuropa? Und von wie weit kam die Order? Viele Fragen! Keine Antworten.

Bemerkenswert ist dabei: So aggressiv staatliche Institutionen gegen das offensichtlich Missliebige vorgehen, so rücksichtsvoll, kooperativ oder wegsehend verhalten sich die Repressionsorgane gegenüber faschistischen Kräften. Dort machen sie doch in der Regel den Weg frei! Doch nicht nur bei Naziaufmärschen sorgen sich Innenminister und Polizei um deren Gelingen.

So hat Ministerpräsident Bouffier, damals noch hessischer Innenminister, die Befragung durch parlamentarische Organe von V-Leuten bezüglich der NSU-Morde offensiv verhindert. Eine weitergehende Untersuchung des Mordes am Kasseler Halit Yozgat durch die hiesige Polizei wurde selbst zu deren Erstaunen von „oben“ untersagt. Der beim Mord anwesende V-Mann Andreas T. – der „kleine Adolf“ – aus dem nordhessischen Hofgeismar, arbeitet immer noch bei der Behörde. Wen wundert es da noch, dass Bouffier für das Amt von Polizeipräsidenten rechtswidrig Wunschkandidaten einsetzt und gemeinsam mit dem damaligen Staatssekretär und heutigem Innenminister Rhein versuchte, dieses Vorgehen gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament zu vertuschen. Das sei nur am Rande bemerkt, sollte uns aber spätestens dann wieder einfallen, wenn diese Herren laut von Sicherheit, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit schwadronieren.

Fazit

Diese Form der Herrschaftsausübung ist im bürgerlichen Staat nicht zu beenden, ohne ihn selbst zu beenden. Wir fordern:

- **Sofortige unabhängige Untersuchung aller Vorgänge rund um den 1. Juni. Schadenersatz und Schmerzensgeld an alle Betroffenen!**
- **Unmittelbare Löschung der gespeicherten Daten! Einstellung aller Verfahren, auch jener von 2012 und Übernahme der Auslagen der Betroffenen!**
- **Sofortiges Verbot von Pfefferspray-Einsätzen!**
- **Rücktritt von Bouffier, Rhein, Frank und Thiel!**

Fahrpreiserhöhung in Berlin: Gefangen im eigenen Kiez?

Ab August 2013 sollen Berlin statt den bisherigen 2,40€ für einen  Fahrschein Berlin AB nun 2,60€ bezahlt werden. Wer sich keine der „spottbilligen“ Wohnungen im Stadtzentrum leisten kann, zahlt sogar noch einen Aufpreis für den Anschlussfahrschein. All das betrifft besonders Jugendliche und Arme, die wenig Geld für einen täglichen Fahrschein ausgeben können. Schwarzfahren ist daher für viele die einzige Alternative. Der Staat reagiert mit Repressionen. Die beginnt mit einem Bußgeld von 40, ab August dann 60 Euro. Bei mehrmaligem Schwarzfahren drohen sogar Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren.

Natürlich gibt es auch Alternativen zur BVG, das Fahrrad zum Beispiel, aber wer 5 Tage die Woche 8 Stunden arbeiten geht und einen etwas längeren Arbeitsweg hat, der hat wohl recht wenig Energie für Frühsport übrig. Fakt ist, durch zu hohe Fahrpreise wird die Nutzung des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) für immer weniger Menschen erschwinglich. Die geplante Privatisierung der S-Bahn, die schon jetzt immer wieder zu Ausfällen und Störungen führt, setzt dem ganzen die Krone auf. Einige können sich gar nicht mehr frei bewegen. Andere sind gezwungen auf ein Auto umzusteigen, weil es für manche mittlerweile sogar wieder günstiger ist. Die Straßen sind verstopft, die Umwelt leidet.

Es gibt daher zurecht immer mehr, die einen „fahrscheinlosen Nahverkehr“ fordern. Allerdings wollen die Meisten, wie z.B. die Piratenpartei die direkte Bezahlung von Fahrscheinen durch eine allgemeine Steuer für Berliner_innen ersetzen. Aber warum sollten beispielsweise Arbeiter_innen, die einen Fahrschein kaufen müssen, um zum Arbeits- oder Ausbildungsplatz

zu gelangen, genau so viel bezahlen wie der Chef eines Unternehmens, der höchst wahrscheinlich mehr verdient? Jeder sollte ein Recht auf Mobilität haben.

Deshalb sind wir für einen kostenlosen Nahverkehr, der durch die Besteuerung der Reichen und der Gewinne großer Konzerne (z.B. der Autoindustrie) bezahlt wird. Der öffentliche Nahverkehr gehört ausgebaut und nicht zerschlagen, wie es die Deutsche Bahn gerade mit der S-Bahn vorhat. Die Erschließung neuer Märkte ist jedoch Teil des kapitalistischen Systems und deshalb ist unser Kampf gegen Privatisierung mit einer revolutionären, antikapitalistischen Perspektive verbunden.

Ein Artikel von Svenja Spunck, REVOLUTION-Berlin

Strompreise in Berlin: Der Letzte macht das Licht aus?

Die großen Energiekonzerne nehmen das anscheinend wörtlich. Ihre  Strompreise werden in Zukunft viele Arme zwingen „das Licht auszumachen“. 2012 erhöhte die Aktiengesellschaft Vattenfall, Berlins größter Energieanbieter, seine Preise um 6,5 %. Dieses Jahr waren es weitere 13,5 %. Der Grund sei eine gesunkene Nachfrage und die Kosten der „Energiewende“. Das die Menschen nicht weniger Strom brauchen, sondern sich nur weniger leisten können – das weiß sogar ein Großaktionär von Vattenfall, der Millionen im Jahr verdient. Doch den Kapitalisten sind ihre Gewinne wichtiger, als die Bedürfnisse von Millionen Menschen.

Das ist umso widerlicher, weil die heutige Technik ganz einfach eine allumfassende, ökologische und Preiswerte Energieversorgung ermöglichen würde. Insbesondere in Berlin, wo die Arbeitslosenzahlen über zehn Prozent liegen, bedeuten auch „kleine“ Kostensteigerungen einen massiven Verlust

von Lebensqualität. Jeder Jugendliche, der alleine wohnt weiß das. Aber auch, wenn unsere Eltern sich mal wieder weniger leisten können, spüren wir das sofort.

Daher sind wir für einen sofortigen Stopp der Preiserhöhungen beim Strom. Den Ausbau der umweltfreundlichen Energien sollen die großen Aktionäre aus ihren Gewinnen bezahlen, nicht aus unseren leeren Taschen! Letztlich darf die Energieversorgung aber nicht den Interessen der Aktionäre dienen. Wir haben in Fukushima gesehen, was passiert, wenn die Kapitalisten die Stromproduktion kontrollieren. Die großen Energiekonzerne müssen daher entschädigungslos und unter Kontrolle der Arbeiter_innen verstaatlicht werden.

Ein Artikel von Georg Ismael, REVOLUTION-Berlin

Euro Hawk - „nur“ eine Fehlinvestition?

Bundeswehr und Polizei verfügen derzeit über mehr als 300 Drohnen -  Tendenz steigend. Diese Drohnen dienen der „Sicherheit“, übersetzt der Überwachung der Bevölkerung. Es gibt sie in verschiedenen Formen und Größen, am meisten Aufmerksamkeit erregt dieser Tage wohl das Modell „Euro Hawk“, das gekauft wurde, um vorerst im Ausland als Aufklärer zu fungieren. Mittels Drohne stehen Polizei und Armee ganz neue „Möglichkeiten“ zu Verfügung. Neben der Funktion als Überwachung, sind sie aber auch die neue Wunderwaffe im „taktischen Krieg“. So wurden im „Krieg gegen den Terror“ in Pakistan allein im letzten Jahr, 3000 Menschen, vornehmlich Zivilisten durch das US-Militär ermordet durch Kampfdrohnen ermordet. Oft sogar selbst ohne die offizielle Zustimmung der pakistanischen Regierung, geschweige denn eines Gerichtsbeschlusses .

Der Verteidigungsminister Thomas de Maizière wird in der Öffentlichkeit nun auch aufgrund der Anschaffung dieser neuen Drohne kritisiert. Allerdings nicht etwa weil Geräte wie diese zur Überwachung der Zivilbevölkerung (siehe Deutsche Bahn) eingesetzt werden oder in Kriegsgebieten mit der Präzision eines Metzgers, nicht eines Chirurgen, Menschen zerfetzen. Es geht um die zu hohen Kosten, die nun, nach dem fest steht, dass der „Euro Hawk“ nicht zugelassen wird, für Empörung unter den „Oppositionsparteien“ auslösen.

Nichts destot trotz sind die Kosten durchaus beachtlich. Dieser Fehlschlag, der sich bei beim Kauf der Drohne auf 1,2 Milliarden Euro belaufen hätte, wird voraussichtlich hunderte Millionen Euro kosten. Dieser Prozess steht exemplarisch für zwei Sachverhalte: Einerseits handeln Politiker_innen in den Bereichen Militär und „Innere Sicherheit“ ohne die Bevölkerung zu informieren oder geschweige denn an irgendwelchen Beschlüssen zu beteiligen. Wenn es allerdings darum geht zu zahlen, dann ist die arbeitende Bevölkerung gefragt, auch wenn sie die Schaufel für ihr eigenes Grab finanzieren muss.

Zum anderen zeigt der Erwerb der Waffe „Euro Hawk“ , dass die Regierung ihre Armee und Polizei weiter aufrüstet. Wer immer noch der Illusion verfallen ist, die Bundeswehr sei eine „friedliche Armee“, wozu auch immer eine solche im Zeitalter des Imperialismus nützlich sein sollte, der muss nun die Augen öffnen.

2007 wurden in Rostock bereits Aufklärer eingesetzt, um die Stadt während der G8 Proteste zu überwachen. Stellen wir uns nur einmal die Möglichkeiten von militärischen Drohnen wie dem „Euro Hawk“ vor. Dieser Aufklärer kann aus 20 Kilometern Höhe hoch aufgelöste Fotos schießen, Telefone abhören und SMS mitlesen. Im Mittelmeerraum wird u.a. Frontex bald den „Euro Hawk“ zur Sicherung der Grenzen vor Immigranten einsetzen, um die Routen der Flüchtlinge zu überwachen und sie möglichst schnell wieder abzuschieben. Wir verurteilen daher nicht den Flop des Projekts „Euro Hawk“, wir kämpfen gegen gegen die Militarisierung im Prinzip. Wir sind nicht gegen die zu hohen Kosten für die Aufrüstung von Polizei und Militär, wir verweigern jegliche Unterstützung für bürgerliche Haushalte, die den

Staat weiter aufrüsten. Wenn Maiziere gehen muss, ist das sicherlich Begrüßenswert, zumal es die Handlungsfähigkeit der Regierung weiter in Frage stellt, an dem grundsätzlichen Problem ändert es allerdings nichts. Das kann nur eine antimilitaristische Bewegung, die von der Jugend, der ArbeiterInnenklasse und den Gewerkschaften getragen werden muss.

Ein Artikel von Flo Wasser, REVOLUTION-Zülpich